

**Sozialdemokratische Partei Deutschlands  
Fraktion in der Gemeindevertretung Kaufungen**



An den Vorsitzenden  
Der Gemeindevertretung Kaufungen  
Herrn Karl Hellmich

22.05.2014

Sehr geehrter Herr Hellmich,

die Fraktion der SPD stellt für die Sitzung der Gemeindevertretung am 05.06.2014  
folgenden

**Änderungsantrag zur Beschlussvorlage 0047/2014**

Die Gemeindevertretung beschließt folgenden Antrag als Resolution:

**Wirtschaftliche Chancen nutzen – Menschen und Umwelt schützen**

1. Die Gemeindevertretung der Gemeinde Kaufungen fordert die Verhandlungspartner der EU-Kommission auf, die Verhandlungen über das Transatlantische Freihandelsabkommen mit den USA und Kanada nicht hinter verschlossenen Türen abzuhalten. Möglichst viel Transparenz, bereits bei den Verhandlungen, ist die Voraussetzung für Klarheit und Akzeptanz in der Bevölkerung.
2. Ein abzuschließendes Abkommen muss die derzeit in Europa geltenden hohen Standards bei z. B. Verbraucher-, Gesundheits-, Umwelt-, Daten- und Arbeitsschutz schützen.
3. Die weitere Privatisierung von Dienstleistungen im Bereich der Daseinsvorsorge, wie z. B. Gesundheit, Wasserversorgung oder Müll- und Abwasserentsorgung lehnen wir ab.
4. Ein Sonder-Klagerecht für Unternehmen, egal ob in- oder ausländische Unternehmen, gegen demokratisch legitimierte Staaten und deren Gesetzgebung, ist abzulehnen. Die vorhandenen Rechtswege zum Schutz von Investoren sind ausreichend und haben sich in der Vergangenheit auf europäischer Ebene bewehrt.
5. Den Städte- und Gemeindetag fordern wir auf, sowohl bei der Bundesregierung als auch bei der EU-Kommission diese Belange einzufordern, damit die Interessen der Städte und Gemeinden zu schützen.

Begründung:

Die derzeit durchgeführten inoffiziellen Verhandlungen der EU über ein Freihandelsabkommen mit den USA und Kanada müssen öffentlich und transparent durchgeführt werden. Es ist daher auch notwendig, dass die Zustimmung zu einem Abkommen durch Abstimmung in den Parlamenten der Mitgliedsstaaten herbeigeführt wird.

Ziel muss ein Abkommen sein, welches den Mitgliedsstaaten der EU und damit auch Deutschland als Exportland, Vorteile verschafft.

Es geht um Geld, aber es geht auch um Jobs und wirtschaftliches Wachstum. Damit verbunden sind eine gute Lebensqualität und der Schutz von Umwelt und die Rechte von Bürgern in Europa.

Ein Abkommen bietet die Möglichkeit, gemeinsame Richtlinien und Standards festzulegen, die einen wirtschaftlichen Austausch von Waren und Dienstleistungen erleichtern. Nicht die geringsten Anforderungen an Qualität, Sicherheit und Schutz dürfen dabei der Maßstab sein, auf den sich die Verhandlungspartner einigen.

Daher ist es richtig zu verhandeln, aber es ist auch richtig, bereits erreichte Werte zu verteidigen und festzuschreiben.

In Bezug auf ein Klagerecht als Investorenschutz für Unternehmen sind die vorhandenen Rechtsmöglichkeiten als ausreichend anzusehen. Es bedarf keiner weiteren Regelungen und es bedarf vor allem keiner Schiedsstelle, da Rechtsstreitigkeiten vor einem nationalen Gericht zu klären sind.

Mit freundlichen Grüßen

Angelika Großberndt  
Fraktionsvorsitzende